

## Zur Legitimation von Minderheitenrechten

Wer heute eine beliebige Tageszeitung aufschlägt, findet mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Bericht zum Thema 'Migration' oder 'Migranten'. Bei längerer Beobachtung der Medienlandschaft zieht sich das wie ein roter Faden durch alle Bereiche der Berichterstattung. Meist mit negativem Beigeschmack, sind es doch 'die anderen', die für so viele Missstände im Land verantwortlich sind. Der Umgang mit Zugezogenen, besonders aus den nicht-westlichen Ländern - ein Begriff der gerne als Sammeltopf für alles was sich offensichtlich von 'uns' unterscheidet herhalten muss - ist ein brisantes Thema und lässt sich gut verkaufen. 'Österreich ist ein Einwanderungsland!'. Diese mehr oder weniger 'bedrohliche' Schlagzeile findet sich die Tage häufig.

Die hohe Aufmerksamkeit, welche die Bevölkerung dem Thema beimisst, findet sich auch im politischen und wissenschaftlichen Diskurs wieder. Die Grenzen zwischen den Ländern werden weicher, mit Marshall McLuhans Worten nähern wir uns dem globalen Dorf, welches die Verbindungen zwischen Ländern quer über den Globus vereinfacht und fördert. Das betrifft auch die Wanderungsmöglichkeiten der Menschen. Sei es nun freiwillig, etwa die Wirtschaftsmigration, oder unfreiwillig, gezwungen durch Bürgerkrieg und Ausbeutung im eigenen Land, Menschen werden dynamischer.

Daraus ergibt sich als Konsequenz, dass immer mehr Menschen in Ländern leben, welche nicht die 'Kultur' und 'Tradition' ihres Heimatlandes darstellen. Ebenso das Rechtssystem ist weltweit nicht homogen. Das führte spätestens in den 80er und 90er Jahren zu einem neuen Schlagwort, dem 'Multikulturalismus'. Verschiedene Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Background leben nebeneinander und miteinander, so die Vorstellung des Multikulturalismus. Liberalität und Offenheit gegenüber anderen Kulturen und deren kulturell legitimierten Praktiken galten als Sicherheit für eine nicht-diskriminierende 'Ausländerpolitik'. Auch im wissenschaftlichen Bereich wurde diese Haltung begrüßt und unterstützt.

Mittlerweile ist der Diskurs differenzierter. So erkannte man sowohl in der politischen Praxis, als auch in der Wissenschaft, dass ein laissez-faire Prinzip nicht gleichzusetzen ist mit wahrer Gleichberechtigung.

Die Diskussion rund um die Minderheitenrechte entstand. Sollen zugezogene Menschen und ihre Familien die Traditionen ihres Heimatlandes hier weiterhin leben können, oder sollen sie so gut als möglich den hiesigen 'Gepflogenheiten' angepasst werden, also integriert oder gar assimiliert werden? Schützen spezielle Rechte Minderheiten oder kann nur eine Gleichbehandlung die Gleichstellung der Menschen ermöglichen? Sind Minderheitenrechte geeignet Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft vorzubeugen oder verstärken sie diese?

## ***Der Begriff des Multikulturalismus***

Der Begriff des Multikulturalismus wurde in den 80ern und 90ern sowohl im wissenschaftlichen Bereich, als auch in der Umgangssprache zum gängigen Ausdruck für die Existenz und Akzeptanz von verschiedenen kulturellen Gruppen in einem Gebiet.

Multikulturalismus fordert den Schutz und die Gleichberechtigung aller Menschen eines Landes, egal welcher Kultur sie angehören. Er sagt, dass Menschen mit unterschiedlicher kultureller Erfahrung gemeinsam in einem Gebiet leben und trotz ihrer Unterschiede die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben. Angehörige einer kulturellen Minderheit sollen nicht in die Massengesellschaft assimiliert werden, sondern ihre Traditionen gleichberechtigt ausführen dürfen. Gegenseitige Toleranz ist Voraussetzung.

Als die Multikulturalismusdebatte an Popularität gewann, stand die Annahme im Zentrum, dass sich eine Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft nur dann völlig entfalten kann, wenn sie spezielle Rechte hat. Gemeint war damit das Recht, kulturelle Spezifika frei leben zu können. Die Betonung lag klar auf einer kulturrelativistischen Sichtweise, welche die Unterschiede zwischen den kulturellen Gruppen betonte und deren Unvereinbarkeit thematisierte. So war in der öffentlichen Debatte zentral, dass die Staaten ihren Bürgern durch Ignorieren ihrer kulturellen Identitäten im gleichen Maße schaden wie durch Verleugnen ihrer Rechte. Denn die Rechte, Pflichten und Institutionen in einem Land sind der Mehrheitsgesellschaft angepasst. Somit sind Minderheitenrechte notwendig um Ungerechtigkeiten zu kompensieren.

Kultur wird also ein so hoher Stellenwert im Leben eines Menschen beigemessen, dass diese durch spezielle Rechte geschützt werden muss. Nur mit Minderheitenrechten, welche die freie Ausübung einer Kultur garantieren, ist den Menschen einer Minderheit ein gleichberechtigtes Leben möglich. Jede Form der Assimilierung bedeutet in dieser Sichtweise Zwangsausübung und somit Unterdrückung der Angehörigen einer Minderheit.

In den 90er Jahren war Multikulturalismus also weitgehend akzeptiert, die internationale Haltung ändert sich jedoch schnell. Ein weiterer Argumentationspunkt seitens der Regierungen um eine striktere Politik gegenüber Einwanderern einzunehmen, war die Möglichkeit der Integration in die Nation. So heißt es, dass eine zu hohe Akzeptanz von Unterschieden die Identifizierung mit und das Einleben in die Nation verhindern würde und weiters terroristische Tendenzen fördert. Im Namen des Kampfes gegen den Terror ist es also für die Verantwortlichen ein Leichtes Minderheitenrechte sukzessive einzuschränken. Die neue Bedrohung durch Terroristen ermöglicht den Regierungen nun eine starre Haltung gegenüber Angehöriger anderer Kulturen, welche sich wahrscheinlich auf Dauer genauso wenig bestätigen wird, wie die anfängliche gegenteilige Haltung. Zwangassimilierung kann nicht die Lösung sein, ebenso wenig wie unreflektierte Minderheitenrechte.

### ***Die Loslösung von Minderheitenrechte und Kultur als Lösung?***

Während die westlichen Gesellschaften den Anspruch erheben 'de-ethnicised' zu sein, ein eigenes liberales Wertesystem zu besitzen, welches nicht mehr auf spezifischen kulturellen Normen basiert, und somit vom moralischen Standpunkt aus zu handeln, wird bei der Minderheit der Begriff der Kultur sehr selektiv verwendet um das Handeln zu erklären. Beispielsweise Kurse für Immigranten, welche Werte wie Demokratie, Toleranz und Gleichheit aller Menschen vermitteln, als ob diese eine westliche Erfindung wären, die den Immigranten fremd sind. Auch der Sozialpädagoge C., mit dem ich ein Interview führte, sieht den Unterschied zwischen Minderheiten und der österreichischen Gesellschaft ähnlich. Auch er betont also die allgemeinen, demokratischen Wertvorstellungen in Österreich, an welche sich Immigranten halten sollten. Zudem thematisiert er damit ein weiteres Problem, nämlich ob Minderheitenrechte das freie Leben eines Menschen in einem anderen Land fördert, oder ob sie das Miteinander zusätzlich erschweren. Wie C. sagt, gibt es in einer Gesellschaft Ansichten darüber, was akzeptiert werden kann und was nicht. Gerade bei kulturellen Praktiken, welche durch die Religion legitimiert werden, ist es schwierig einen Konsens zu finden.

Er ist der Meinung, dass Minderheitenrechte nicht dazu führen dürfen, dass die Normen der Mehrheit über Bord geworfen werden. Somit wird ein Minderheitenrecht, egal ob erteilt oder bewusst nicht erteilt, immer für Kontroversen sorgen. Denn auch wenn ein Minderheitenrecht im Idealfall in einem demokratischen Prozess innerhalb der Minderheit entwickelt wurde, wenn es zu zunehmenden Spannungen innerhalb der gesamten Gesellschaft führt, so wird es langfristig gesehen der Minderheit wieder schaden, wenn es sie von der Mehrheit zusätzlich entfernt. Durch einen Multikulturalismus, der auf die einzelnen Aspekte einer Kultur und die Unterschiede zwischen den Kulturen fokussiert, werden diese zentralisiert und die Gemeinsamkeiten der Menschen im Allgemeinen verdrängt. Die Unterschiede zwischen den Gruppen werden zum zentralen Merkmal, gleichzeitig wird die Homogenität innerhalb der Gruppe überzeichnet. Das führt dann in Folge zu einem Abschwächen der Solidarität zwischen den Menschen, der Wille zum Teilen, ein zentrales Element des Wohlfahrtsystems, sinkt und gegenseitige Ablehnung wächst. Eine Betonung der Unterschiede führt zu einem extremen Kulturrelativismus, welcher Integration verhindert und in Folge den Boden für Terrorismus und extreme Handlungen nährt.

Außerdem wird durch eine Fokussierung auf die kulturellen Unterschiede und auch durch Gesetze, welche sich auf die ethnische Zugehörigkeit beziehen, die gegenseitige Beeinflussung von Kulturen außer Acht gelassen.

Eine Lösung dieses Problems würde in der Trennung von Moral und Politik liegen, da gewisse Normen unseres Miteinanders nicht auf territoriale Grenzen zu beziehen sind. Kulturen stehen miteinander im Austausch, und es gibt Kulturübergreifende Vorstellungen von Recht und Ordnung, wie die Menschenrechtsdeklaration. Diese müssen

zwar ständig überarbeitet und neu definiert werden, aber es gibt limitierende Prinzipien wie allgemein gültige Moralvorstellungen. Diese sind beispielsweise die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Schutz vor psychischem und physischem Leid. Die Trennung von Moral und Politik würde die Basis bieten, gleichberechtigt nebeneinander zu leben, egal welcher Kultur man angehört. Trotzdem wäre es möglich Kritik auszuüben und in der Justiz mit den gleichen Maßstäben zu messen. Denn vor dem Strafgericht darf es keinen Unterschied machen, welcher Kultur man sich zugehörig fühlt.

Die heutigen, sozusagen ‚westlichen‘ Gesellschaften sind längst von einer Vielzahl anderer Kulturen und Werten beeinflusst. Der Zuzug aus verschiedensten Teilen der Welt nimmt stetig zu. In einer Gesellschaft, die eine Vielzahl von verschiedenen Menschen aus den verschiedensten Kulturen und den verschiedensten ethnischen Zugehörigkeiten beherbergt, darf Kultur nicht mehr über Recht entscheiden. Gemeinschaften wie die EU oder die UNO und andere internationale Organisationen basieren darauf, dass es einen gemeinsamen Nenner gibt und ein Wertesystem, das hinter der kulturellen Zugehörigkeit liegt und die Menschen verbindet, sowie Verständnis füreinander schafft.

Der einzige Weg kann nur die Förderung von Selbstbestimmung, Eigenständigkeit und Selbstbewusstsein sein, und zwar aller Menschen, egal welchen Geschlechts, Kultur oder Religion sie sich zugehörig fühlen. Wenn für alle Personen die gleichen Rechte gelten, erst dann kann das Individuum seine persönliche Kultur, Religion und sein Geschlecht leben, gestalten und interpretieren.